

BAYERISCHER GEMEINDETAG
BAYERISCHER STÄDTETAG
BAYERISCHER LANDKREISTAG
LANDESFEUERWEHRVERBAND BAYERN e.V.

Herrn Staatssekretär
Gerhard Eck
Bayerisches Staatsministerium
des Innern
80524 München

München, 28. Juni 2011

Einführung des BOS-Digitalfunks; Migrationsrahmenkonzept

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Eck,

am 12. April 2011 ist unseren Verbänden das Migrationsrahmenkonzept für die Einführung des BOS-Digitalfunks in Bayern vorgestellt worden. Unsere Vertreter haben bereits bei diesem Termin Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die unseres Erachtens eindeutig zu engen zeitlichen Vorgaben des Konzeptes, geäußert. Mit diesem Schreiben möchten wir unsere wesentlichen Bedenken wie folgt zusammenfassen und bekräftigen:

Wenn beispielsweise Ende September 2011 für den Bereich einer Integrierten Leitstelle (ILS) die „kick-off“-Veranstaltung stattfände, sollten anschließend in höchstens 18 Monate, also im Beispielsfall bis spätestens März 2013, die Grundlagen zur Teilnahme am erweiterten Probetrieb geschaffen werden. In dieser knappen Zeitspanne müssten folgende Fragen noch geklärt, Aufgaben zugewiesen bzw. dann auch bewältigt werden:

1. Planung und Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Die erforderlichen Mittel könnten in den Haushalten der Kommunen und ILS-Zweckverbänden frühestens für das Haushaltsjahr 2012 eingeplant werden. Die Haushalte 2012 werden in den kommunalen Gremien üblicherweise vom Herbst 2011 bis Frühjahr 2012 beschlossen. Erst danach kann eine Ausschreibung erfolgen. Verschiedene Kommunen haben aber erst für die Haushalte 2013/2014 die Finanzmittel für den Digitalfunk eingeplant. Nach derzeitigem Stand konnte aber noch keine Haushaltsplanung erfolgen. Denn für viele Positionen besteht keine annähernde Klarheit über die Höhe ihrer Kosten, auch wenn der Freistaat zumindest die Beschaffung der Endgeräte mit Zubehör mit 80 % fördert. Das gilt u.a. für die tatsächlichen Kosten der Endgeräte oder des Fahrzeugin- bzw. -umbaus.

Bayerischer Städtetag
Prannerstraße 7
80333 München
Telefon 089/ 2 90 08 70

Bayerischer Gemeindetag
Dreschstraße 8
80805 München
Telefon 089/ 3 60 00 90

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon 089/ 2 86 61 50

LandesFeuerwehrverband
Bayern e.V.
Carl-von-Linde-Str. 42
85716 Unterschleißheim
Telefon 089/3 88 372 - 0

2. Ausschreibung, Vergabe, Einbau

Die notwendigen Beschaffungen können erst nach Verabschiedung der Haushalte (siehe oben, zu 1.) angegangen werden. Ausschreibung, Vergabe und Einbau erfordern sicherlich anschließend einen mehrmonatigen Zeitaufwand.

In dem Rahmenkonzept Aufbauorganisation für die Taktisch-Technischen Betriebsstellen wird im Durchschnitt von 2.885 Endgeräten pro ILS-Bereich ausgegangen.

Nicht berücksichtigt sind hierbei die rund 110.000 Funkmeldempfänger und Sirenensteuergereäte in Bayern die für die Alarmierung der Feuerwehren unabdingbar sind.

Wenn einmal für den Bereich einer ILS von ca. 600 bis 800 Fahrzeugen ausgegangen wird und die Umrüstung der Fahrzeuge und Feuerwehrgerätehäuser in sechs Monaten abgeschlossen sein soll, wären damit rund 25 bis 30 Funktechniker alleine hierzu beschäftigt. Hierzu stellen sich für uns folgende Fragen:

- Mit welchem Zeitablauf ist hier für die Ausschreibung und die Auftragsvergabe z.B. auf Landkreisebene zu rechnen?
- Mit welchem Zeitaufwand muss hier bei der Umrüstung der Fahrzeuge (MRT und HRT) sowie in den Feuerwehrgerätehäusern gerechnet werden?

Zusätzlich käme hier natürlich auch noch die Frage nach der Dauer der Umrüstung der Sirenen bzw. der neuen Funkmeldeempfänger, die ausgeschrieben, beschafft, eingepflegt und ggf. umgebaut werden müssen.

Nachdem die Firma Eurofunk Kappacher nach unseren Informationen schon mit der Betreuung der Einrichtung und des Unterhalts der 26 Integrierten Leitstellen ausgelastet ist, stellt sich für uns die Frage, ob die Anbindung des Digitalfunks an die Einsatzleittechnik in den ILS-Bereichen zeitnah oder auch in dem vorgegebenen Zeitraster überhaupt zu bewerkstelligen ist.

3. Umrüstung der Integrierten Leitstellen und Anbindung an den Digitalfunk

Die Integrierten Leitstellen müssen unter Beibehaltung aller Funktionalitäten des laufenden Betriebs im Analogfunk auf den Digitalfunk umgerüstet werden. Dazu sind umfangreiche Soft- und Hardwarebeschaffungen notwendig. Hierzu ergeben sich noch folgende Fragen:

- Wann steht die Leitstellentechnik (u.a. fertiges Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung bezüglich der Hard- und Software für die Anbindung des Digitalfunks bei den ILS'en) zur Verfügung?
- Wer darf die Anbindung des Digitalfunks an das Einsatzleitsystem ELDIS in den ILS'en durchführen? (siehe hierzu auch unter 2.).
- Welche Investitions- und Betriebskosten entstehen dadurch und wer trägt hier die zusätzlichen Kosten u.a. auch für die Anbindung der ILS'en an das Digitalfunknetz?
- Ist dies zeitlich (Leistungsverzeichnis durch die Projektgruppe DigiNet erstellen, Ausschreibung durch StMI (ev. EU weite Ausschreibung), Vergabe, Umbau und Migration) bei den ILS'en bis spätestens Jan/Feb 2013 von Seiten des Staates realisierbar?

Ein erweiterter Probebetrieb (ePB) macht aus einsatztaktischer Sicht nur Sinn, wenn eine Vielzahl von Einsatzfahrzeugen aller BOS-Teilnehmer und die ILS-Anbindung zeitgleich umgerüstet und angebunden sind. Ein reiner Funkverkehr unter den Einsatzfahrzeugen ohne eine ILS-Anbindung ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Für den nächsten ePB müsste die Anbindung der drei betroffenen ILS'en derzeit aber schon bis März 2013 umgesetzt sein.

4. Aufgaben der Taktisch-Technischen Betriebsstellen (TTB)

Zwingend erforderlich ist die Erfüllung der Aufgaben der TTB in den Landkreisen und Städten, um den Betrieb des Digitalfunks überhaupt zu ermöglichen.

- Wie hoch ist hier der Personalansatz für die zusätzliche Aufgabenwahrnehmung wie z.B. die Programmierung der Endgeräte auf Ebene der ILS'en und der Stadt- und Landkreise anzusetzen?
- Woher kommt hier das Personal und wer trägt die nicht unerheblichen zusätzlichen Kosten?

5. Nutzerschulung bei den Feuerwehren und in den Integrierten Leitstellen

Nach dem TTB-Konzept müssen alle Systembetreuer und Disponenten der ILS'en vor dem erweiterten Probebetrieb an den Staatlichen Feuerweherschulen (SFS) geschult werden. Dabei können jedoch dort nur einzelne Mitarbeiter aus dem regulären Betrieb einer ILS herausgelöst werden. Auch hierzu stellen sich für noch folgende Fragen:

- Mit welchem Zeitaufwand ist hier zu rechnen?
- Sind diese Ausbildungskapazitäten an den SFS vorhanden?

Im eingangs genannten Beispiel müsste die Schulung der Nutzer teilweise schon im Jahr 2012 erfolgen. Zusätzliches Personal an den Feuerweherschulen steht hierfür aber nicht zur Verfügung. Zwar ist dort die Schaffung von 12 neuen Stellen für Lehrkräfte vorgesehen. Diese sollen aber in erster Linie für den seit Jahren nicht erfüllbaren Lehrgangsbedarf bei den Feuerwehren zur Verfügung stehen. Aber auch diese zusätzlichen Lehrkräfte stehen aufgrund ihrer erforderlichen Ausbildung wohl auch erst ab dem Jahr 2014 vollständig zur Verfügung. Werden vorhandene Lehrkräfte für diese Schulungsmaßnahmen eingesetzt, reduziert sich das schon verringerte Lehrgangsangebot auf ein für die Feuerwehren noch unerträgliches Maß.

Eine Nutzerschulung (Multiplikatoren und Führungsdienstgrade) im Digitalfunk in den verschiedenen Ebenen erscheint uns im kommenden Jahr deshalb praktisch ausgeschlossen. Zudem muss ja auch noch der Endanwender in den Feuerwehren größtenteils ehrenamtlich geschult werden. Hier wird der geplante Zeiteinsatz im Migrationsrahmenkonzept mit der dafür notwendigen Ehrenamtlichkeit für die Ausbildung nicht in Verbindung gebracht.

6. Alarmierung

Die Alarmierung steckt von der Geräteentwicklung und von der Gesamtkonzeption noch in den „Kinderschuhen“ stellt aber für die Gemeinden/Feuerwehren ein elementares Bedürfnis dar. Die Alarmierung ist im Migrationsrahmenkonzept auch nicht klar aufgeführt. Von Seiten der Projektgruppe DigiNet geht man davon aus, dass es funktioniert. Ein Nachweis hierfür in der Fläche konnte bisher jedoch nicht erbracht werden. Hierfür sind sicherlich noch Versuche in mehreren geografisch unterschiedlichen Bereichen (z.B. Alpen-/Bergregionen, Frankenswald, Bayerischen Wald) erforderlich, um hier belastbare Ergebnisse zu erreichen. Nur wenn die Alarmierung auch über das Digitalfunknetz realisiert werden kann, können die analogen Funkstrukturen auch abgeschaltet und abgebaut werden.

7. Objektfunkversorgung

Für die Umrüstung der baulichen Anlagen mit BOS-Gebäudedefunkanlagen im Analogfunk für Polizei, Rettungsdienst oder Feuerwehren im 2m-Band (z.B. Tunnelanlagen, Verkehrseinrichtungen, unterirdische Gebäude, Industrieanlagen, Krankenhäuser, Hochhäuser etc.), die größtenteils in privater Hand sind, fehlt aus unserer Sicht eine Rechtsgrundlage zur verpflichtenden Umstellung auf den Digitalfunk. Es muss aber vermieden werden, dass nur wegen dieser Objekte alle Nutzer des BOS—Digitalfunks auch weiterhin die analogen Handsprechfunkgeräte erhalten und mitführen müssen.

→ Wie ist hier das weitere Vorgehen geplant?

8. Weiterführung des Analogfunks

Wie lange der Analogfunk noch weiter betrieben werden muss, ist noch völlig offen. Nach der derzeitigen Migrationsplanung soll der letzte ePB im November 2015 beendet sein. Mit dem Hintergrund der noch nicht gelösten Themen bei der Alarmierung sowie bei den BOS-Gebäudedefunkanlagen gehen wir deshalb davon aus, dass die Weiterführung mindestens bis über das Jahr 2020 sichergestellt sein muss. Vor allem hinsichtlich der Alarmierung ist unseres Erachtens noch nicht nachgewiesen, dass dies im Digitalfunk mindestens so funktioniert, wie im Analogfunk bisher. Bis zur endgültigen Abschaltung des Analogfunks muss die Beschaffung von analogen Funkgeräten deshalb auch weiterhin möglich sein und ggf. analoge Funknetze zur Sicherstellung des Funkverkehrs oder der Alarmierung auch staatlich gefördert werden.

9. Unterstützung bei der Migrationsplanung

Laut der Projektgruppe DigiNet ist diese personell derzeit nicht in der Lage, eine umfassende Unterstützung vor Ort (26 ILS-Bereiche) bei der Migrationsplanung zu leisten. Ebenfalls nach Aussage der Projektgruppe DigiNet soll man vor Ort (ILS-Bereich; Landkreis/Stadt) eine Migrationsgruppe gründen, die alles in diesem Bereich koordiniert. Dies wird auf der ehrenamtlichen Basis nicht möglich sein.

Nachdem uns aber der Arbeitsumfang für die örtliche Migrationsplanung noch nicht bekannt ist und zudem das Zeitfenster auf ca. sechs Monate beschränkt ist, sehen wir nur eine Umsetzungsmöglichkeit die federführend durch hauptamtliche Kräfte mit unterstützender Zuarbeit durch ehrenamtlich Tätige erfolgen kann.

Es müssen hier Punkte die bayernweit alle ILS-Bereiche betreffen auch in einem bayernweiten Migrationskonzept erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden. Für das Migrationskonzept vor Ort ist von Seiten der Projektgruppe DigiNet ein Muster-Migrationskonzept zu erstellen. Zudem ist für diese örtlichen Migrationsgruppen ein Ansprechpartner ggf. vor Ort der Projektgruppe DigiNet zur Verfügung zu stellen.

10. Erweiterter Probetrieb im Netzabschnitt 34 - München

Erlauben Sie uns hier noch auf die schlechte Außenwirkung für den Digitalfunk durch die Unterbrechung des ePB hinzuweisen. Obwohl noch keine einzige Feuerwehr bzw. Hilfsorganisation aus diesem Bereich an diesem erweiterten Probetrieb teilgenommen hat, wird dies leider in Pressemitteilungen anders dargestellt. Von einer tatsächlichen Erprobung unter „Belastung“ mit einer Vielzahl von Teilnehmern von Polizei, Feuerwehr oder anderen Hilfsorganisationen kann man hier sicher nicht sprechen. Des Weiteren kann man hier auch keine Rückschlüsse auf die Belastbarkeit des aufgebauten Netzes schließen. Wir regen hier, sofern dies möglich ist, realistische Belastungstests zumindest rechnerisch, für den Sprechfunk und die Alarmierung auch bei simulierten Großschadenslagen unter Einbindung aller BOS an.

Zudem ist man bis heute nicht in der Lage die Ursache für die Unterbrechung des ePB mitzuteilen. In Pressemitteilungen wird hierzu sehr global auf Probleme hingewiesen. In der Fläche wird dies als „nicht funktionierender Digitalfunk“ angesehen und publiziert. Damit schwindet auch das Vertrauen der Anwender in die neue Technik. Wann kann mit einer Aufnahme des ePB wieder gerechnet werden?

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär Eck, daraufhin hinweisen, dass aus unserer Sicht noch viele Probleme zu lösen sind. Wir sind weiterhin zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit, bitten aber dass den vorstehenden Bedenken bei der weiteren Planung des Migrationsrahmenkonzepts sowie bei der Einführung des Digitalfunks in Bayern Rechnung getragen wird.

Mit freundlichen Grüßen



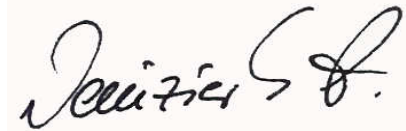
Dr. Jürgen Busse
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
BAYER. GEMEINDETAG



Reiner Knäusel
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
BAYER. STÄDTETAG



Johannes Reile
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
BAYER. LANDKREISTAG



Alfons Weinzierl
Vorsitzender
LANDESFEUERWEHRVERBAND
BAYERN e.V.